

Luzerner Tagblatt

Freisinniges Organ

Hauptanzeigblatt für Stadt und Kanton Luzern

und die übrige Zentralschweiz

Neunundvierzigster Jahrgang

Abonnementpreise: Durch die Post bezogen, für Luzern zum Bezugsort, für die übrige Schweiz, für Baden, für die übrige Schweiz, für die übrige Schweiz.

Insertionspreise: Die einseitige Zeile oder deren Raum: Lokal-Anzeige, Anzeigen, Anzeigen, Anzeigen.

Redaktions-Bureau: Baslerstrasse Nr. 11. Druckerei: Baslerstrasse Nr. 11. Expedition-Bureau: Baslerstrasse u. Kornmarkt.

Die Eisenbahner in Luzern.

Am letzten Sonntag hielt der Verband des Personals schweizerischer Transportanstalten (V. P. S. T.) üblicherweise in Luzern seine Delegierten-Versammlung ab.

Der Zentralpräsident Teufcher begrüßte die Delegierten und eröffnete die Verhandlungen. Das Bureau wurde bestellt aus: Furzer, Kirolo, Tagespräsident; Frey, Giffach, Vizepräsident; Weber, Bärli, deutscher Sekretär; Baucher, Neuenberg, französischer Sekretär; Eigenherr, Sandis (Alpnach) und Hess, Stimmzähler.

Das Protokoll der außerordentlichen Generalversammlung vom 17. Dez. 1899 wurde genehmigt.

Der Geschäftsbericht des Verbandes vom Komitee des Jahres 1899 wurde ohne Diskussion gutgeheißen.

Genehmigt wurde auch die von Tamò gestellte Rechnung betreffend Unterbringung der Delegierten in italienischen Gebäuden unter Verhandlung der aufstrebenden Arbeit des Rechnungsführers.

In Beratung gezogen wurde dann der Kassabericht. Die Rechnung vom Jahre 1899 weist auf: Einnahmen Fr. 52,156.45, Ausgaben Fr. 54,376.40. Passivsaldo zum 31. Dezember 2219.97, welcher Betrag von der Zentralkasse des Vereines schweizerischer Eisenbahn- und Dampfschiffahrtsgesellschaften ohne Zinsberechnung vorgeschossen wurde.

Tamò fand den Posten Nationalratswahlen (Rechnung des Kreises Bern) im Betrage von rund 900 Fr. (Fr. 898.44) auffällig. Er wurde der Grundfrage proklamiert: keine Parteipolitik im Verbande; aber dieser Posten stehe nicht damit im Einklang.

Martin (Bern) verurteilte sich, daß auch heute wieder die Vorgänge in Bern zur Sprache gebracht werden. Die Berner Eisenbahner seien für die Nationalratskandidatur Sourbed eingestanden, nicht weil er ein Kandidat, sondern weil er Vertreter der Eisenbahner und berufen gewesen sei, deren Interessen zu wahren.

Der größte Teil der Eisenbahner der Schweiz habe diesen Standpunkt geteilt, was sich aus einer Menge von Zuschriften ergebe. Von auswärts seien die Berner Eisenbahner aufgefordert worden, an der Kandidatur Sourbed festzuhalten. Damit haben sie nicht Parteipolitik getrieben, und sie protestieren gegen diesen Vorwurf, der von demjenigen erhoben werde, die selbst ihren Parteistandpunkt in den Vordergrund zu rücken suchen.

Hibi in Kaufmann behauptete, das gesamte Zugpersonal der Westschweiz werde diesen Posten nicht genehmigen. Wir haben geglaubt, wir werden nicht mehr mit Politik befaßt; der fragliche Posten zeigt das Gegenteil. Wir sollen die Politik links und rechts liegen lassen. Wir sind Eisenbahner, nicht eine politische Partei!

Martin entgegnete: Der Beschluß der Verbandskomitees, diese Agitationskosten aus der Zentralkasse zu zahlen, sei schon im Oktober vorigen Jahres erfolgt, der Beschluß, daß im Verband keine Parteipolitik getrieben werden dürfe, erst im Dezember. Uebrigens befreite er mit aller Entschiedenheit, daß sie in Bern Parteipolitik getrieben hätten, daß sie in Bern Parteipolitik getrieben hätten, daß sie in Bern Parteipolitik getrieben hätten.

Der Hani (Kaufmann) bemerkte, Sourbed sei auf der Liste der radikalsten Partei gestanden, und diese sollte eigentlich die Kosten tragen. Aber die Eisenbahner in Bern wurden von anderwärts her aufgefordert und ermuntert, fest einzustehen für die Kandidatur Sourbed. Der Beschluß, keine Parteipolitik zu treiben, wurde erst im Dezember gefaßt. Allerdings ist der Posten etwas groß, was jedoch erklärlich ist, da mehrere Wählkreise erforderlich waren. Den Preis: in Bern soll

diese Rechnung bezahlt werden und dann „Schwamm darüber!“ (Brauo).

Martin teilte mit, die Eisenbahner haben mit der radikalsten Parteileitung Unterhandlungen angeknüpft und gesagt, ob diese den Vertrauensmann der Eisenbahner akzeptiere. Es hieß, wenn die Eisenbahner die Kandidatur Sourbed unterstützen, so würde dessen Name auf die Liste der radikalsten Partei genommen; aber sie seien ja selbst nicht einzig. Nun wurde die bestimmte Erklärung abgegeben, die Eisenbahner betrachten Herrn Sourbed als Vertrauensmann. Dann ging's los. Es mußte eine intensive Agitation entfaltet werden, und zwar nur für den Eisenbahner-Kandidaten und nur gegen den konservativen Kandidaten, der allein ernstlich in Frage kam.

Westlich, Luzern, polemisierte gegen Tamò. Tamò meinte, es werde im Verbandsrat doch Politik gemacht, nur nicht sozialdemokratische Politik. Sourbed sei 1896 nicht von den Großen, sondern gewählt, sondern von den Kleinen. Hätte er vorher gesagt, er wolle nicht zur Arbeiterpartei gehen, so wäre er nicht gewählt worden. Im übrigen habe er, Tamò, nicht gesagt, der fragliche Posten solle nicht bezahlt werden; er wolle nur Aufschluß haben. Mit Bezugszahl dieser Kosten durch den Verband werde ja ein Verhältnis geschaffen, das vielleicht in ein paar Jahren den bösen Sozialdemokraten zu gut komme.

Hess in Kaufmann bemerkte, die Sache habe dadurch eine parteipolitische Färbung erhalten, daß der Generalsekretär zuerst der sozialistischen Gruppe der Bundesversammlung angetraut und nachher zu den Radikalen überging. An der letzten Delegierten-Versammlung sei gesagt worden, die Berner Nationalratswahl sei ein rein lokales Angelegenheit und gehe den Verband nichts an; jetzt müsse letzterer doch die Kosten zahlen. Niemand beanstande den Posten nicht, beantrage aber, zu beschließen, künftig sollen aus der Verbandskasse keine Ausgaben für politische Zwecke mehr bestritten werden.

Teufcher konstatierte, daß ein einziges Mitglied des Verbandskomitees der Sache nur lokalen Charakter beigemessen habe. Der Posten von Fr. 798.44 wurde einstimmig genehmigt.

Martin amendierte den Antrag Hess dahin, der Verband lehne für die Zukunft jede Ausgabe für Wahlen ab. Der Stationsvorstand von Wil (St. Gallen) bemerkte: Stimmt man zum Antrag Hess, so gibt man zu, die soeben bewilligte Ausgabe sei für Parteizwecke gemacht worden.

Generalsekretär Sourbed teilte mit, er habe voriges Jahr der freilinnigen Partei erklärt, er nehme keine Kandidatur mehr an. Auch Herr Ott-Häni dürfte dies bekannt sein. Nur auf Wunsch der Eisenbahner und gegen den eigenen Willen habe er sich wieder portieren lassen.

Ott-Häni mahnte, diese politische Debatte abbrechen. Der Antrag Hess bezog sich nur den definitiven Beschluß der Parteipolitik aus dem Verbandsrat, da sonst der Verband in die Irre würde geführt.

Hibi erklärte, der Antrag Hess habe nicht den Sinn, den man ihm unterlegen wolle. Werde der Antrag abgelehnt, werde das schweizerische Zugpersonal mit dem Verbandsrat nichts mehr zu tun haben.

Mit großer Mehrheit wurde der Antrag Hess-Martin zum Beschluß erhoben. Der Hani beantragte, dem Verbandskomitee als Anerkennung, nicht als Lohn, für seine große und verdienstvolle Arbeit eine Gratifikation von 1500 Fr. zu verabfolgen, und wurde von Hess unterstützt, welcher namentlich die Verdienste Teufchers um den Verband hervorhob. Die Gratifikation wurde beschlossen und von Teufcher dankt.

Letztes Jahr lehnte das Komitee mit Rücksicht auf die damals im Verbandsrat bestehende Spaltung eine Gratifikation ab.

Der summarische Bericht des Generalsekretärs konstatierte namentlich, daß die Bahnverwaltungen im ganzen und großen den Wünschen des Personals wohlwollend entgegenkommen; namentlich bei der Nachschub-

lei die Stimmung eine andere; Präsident von Seltz habe „ein besseres Mißverständnis“, als sein Schwiegervater Gujer-Zeller.

Auch von Seite des Personals werde manchmal gefordert durch unbegründete Klagen und „unverschämte“ Ansprüche. Westlich des Besoldungsgesetzes hat der Generalsekretär im Interesse des Personals manches getan und erreicht.

Der Bericht schließt mit guten Wünschen und Ermahnungen: „Möge der V. P. S. T. wachsen und gedeihen. Mögen die Stürme, die über ihn hingegangen sind, einer Reihe von schönen Jahren Platz machen, in welchen alles Gute, das bisher gepflanzt worden ist, in ruhiger Entwicklung einem schönen reifen Herbst entgegenkommen könne. Möge der V. P. S. T. einen Wechsel der Zeiten und der leitenden Personen ruhig bestehen und, durch das Band unzerbrechlicher Treue unter seinen Mitgliedern gefestigt, der neuen Ära vertrauensvoll und hoffnungsfreudig entgegen schauen dürfen.“

Viel ist getan worden; aber noch vieles bleibt zu tun, und nur der Geist wahrer Kollegialität, gegenseitiger Verträglichkeit und aufrichtigen Vertrauens wird den Verband den erreichten Zielen entgegenführen.

Das kommende Jahrhundert wird viel Neues bringen, neue Gesichtspunkte, neue Personen; möge bei dem Wechsel die alte bewährte Treue bestehen bleiben; dann ist und nicht bange um die Zukunft.“

Der Vorsitzende bemerkte, die Delegierten-Versammlung habe den Bericht nicht zu genehmigen wie etwa eine Rechnung, sondern entgegenzunehmen. Finde ein Mitglied, es sei etwas nicht richtig, so könne es sich aussprechen und der Generalsekretär ihm antworten.

Thomas (Kaufmann) stellte die Frage, ob der Generalsekretär den Anstellungsvertrag ändern wolle. Im Dezember gehe das Anstellungsverhältnis zu Ende, und da eine sechsmonatige Kündigungsfrist gelte, so habe die Delegierten-Versammlung ein Interesse daran, Aufschluß über die Sachlage zu erhalten.

Aus den Erörterungen des Zentralpräsidenten am 1. Januar 1899 fest für drei Jahre gewählt wurde. Ende 1900 ist die Vertragszeit abgelaufen, und nachher gilt sechsmonatliche Kündigung. Bis jetzt ist nicht festgestellt worden.

Sourbed erklärte: Die wohlwollende Weise, in der die Herren aus der Westschweiz zu wissen wünschten, wann der Generalsekretär geht, ist eine wohlwollende Antwort wert: Im Jahre 1902 werden ihre Wünsche erfüllt werden und Sourbed nicht mehr Generalsekretär sein.

Tamò bemerkte, es könne ihm nicht einfallen, die Leistungen des Generalsekretärs zu beanstanden. Aber die Vertrauensmänner-Versammlung in Karau sei ein schwarzes Blatt in der Geschichte des Verbandes. Eine andere Arbeiterorganisation hätte nicht derart gebacht, verdiente Männer (Tischler u.) zum Verbandsrat hinauszubuffern. Man habe das Entgegenkommen der Bahnverwaltungen gerühmt; letztere handeln allerdings lokal, als der Verband im Falle Tischler.

Schwarz kritisierte Tamò die Haltung, welche die Behörden, namentlich der Ständerat, dem Arbeitergesetz gegenüber einnehmen. Das man erst das Gutachten einer Behörde einholen wolle, die noch gar nicht existiert (Generaldirektion der Bundesbahnen) sei einfach lächerlich. Und Schwindel sei die Behauptung, die Besoldungsaußerleistungen, welche das Personal verlangt und welche teilweise zugesprochen sind, bedeuten eine Mehrausgabe von 7 Millionen.

Der Redner „Schmid“ jag Tamò einen Ordnungsruf des Präsidenten zu. Frey äußerte die Meinung, man sollte alle Beschäftigten rufen lassen und sozialdemokratische Auslassungen in den Delegierten-Versammlungen vermeiden.

Ein Badler Delegierter liest eine Notiz im „Basler Volksblatt“, wonach Sourbed Generalsekretär der Bundesbahnen werde. Das sei allerdings ein „effektiver Posten“, aber es sei nicht schön, daß Sourbed erst am Vorabend der Verstaatlichung verläßt.

Thomas bekräftigt, daß die Westschweiz den Weggang des Generalsekretärs wünsche. Er persönlich habe nur wissen wollen, wie die Vertragsverhältnisse liegen. Präsident Furzer sagte, daß Thomas und Land vom Wege abgekommen sein. So komme man nicht an ein Ziel; von früheren Verhandlungen her sollte man das doch wissen. Das Zentralkomitee werde wohl wissen, was es zu tun habe. Wollte man das Traaktandum „Wahl des Generalsekretärs“ nochmals antönen, so könne es nach Erledigung der ordentlichen Traaktanden als „Unvorhergesehenes“ behandelt werden. „Dann können Sie reden, so lange Sie wollen, d. h. bis die Jüge abgehen.“ (Pfeilerzeit).

Fors in St. Maurice sprach namens seiner Section dem Generalsekretär Anerkennung und Dank aus. Vom summarischen Bericht des Generalsekretärs wurde schließlich unter bester Verhandlung Normet genommen.

Als Rechnungsführer wurden bezeichnet die Verbände der Lokomotivführer, der Weichen- und Bahnwärter und des Rangierpersonals.

Das Budget wurde genehmigt und der Jahresbeitrag auf Fr. 4.50 festgesetzt. Die Revision der Statuten wurde im Prinzip beschlossen und die Ausarbeitung des Statutenentwurfs einer Kommission übertragen, in der die einzelnen Verbände nach eigener Wahl vertreten sein werden. Die Autonomie der einzelnen Verbände soll durch die Revision nicht angetastet werden.

nicht schön, daß Sourbed erst am Vorabend der Verstaatlichung verläßt.

Thomas bekräftigt, daß die Westschweiz den Weggang des Generalsekretärs wünsche. Er persönlich habe nur wissen wollen, wie die Vertragsverhältnisse liegen.

Präsident Furzer sagte, daß Thomas und Land vom Wege abgekommen sein. So komme man nicht an ein Ziel; von früheren Verhandlungen her sollte man das doch wissen. Das Zentralkomitee werde wohl wissen, was es zu tun habe. Wollte man das Traaktandum „Wahl des Generalsekretärs“ nochmals antönen, so könne es nach Erledigung der ordentlichen Traaktanden als „Unvorhergesehenes“ behandelt werden. „Dann können Sie reden, so lange Sie wollen, d. h. bis die Jüge abgehen.“ (Pfeilerzeit).

Fors in St. Maurice sprach namens seiner Section dem Generalsekretär Anerkennung und Dank aus. Vom summarischen Bericht des Generalsekretärs wurde schließlich unter bester Verhandlung Normet genommen.

Als Rechnungsführer wurden bezeichnet die Verbände der Lokomotivführer, der Weichen- und Bahnwärter und des Rangierpersonals.

Das Budget wurde genehmigt und der Jahresbeitrag auf Fr. 4.50 festgesetzt. Die Revision der Statuten wurde im Prinzip beschlossen und die Ausarbeitung des Statutenentwurfs einer Kommission übertragen, in der die einzelnen Verbände nach eigener Wahl vertreten sein werden. Die Autonomie der einzelnen Verbände soll durch die Revision nicht angetastet werden.

Das Kartell mit der Arbeiter-Union schweizerischer Transportanstalten ist aufgehoben, da letztere ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen ist.

Auf eine Anfrage von Ott-Häni über das mutmaßliche Schicksal der Postkassen nach der Bahnverstaatlichung sprach Generalsekretär Sourbed, gefolgt auf Versicherungen maßgebender Persönlichkeiten, die bestimmte Hoffnung aus, den Wünschen des Personals werde nach Möglichkeit entsprochen werden und daselbst nicht schlechter gestellt sein, als jetzt.

Der Vorsitzende sprach um Schlüsse namens aller Delegierten als Vertreter der verschiedenen Vereine dem Verbandskomitee und dem Generalsekretär für ihre Tätigkeit im vergangenen Jahre besten Dank aus. „Möge das Interesse an den Angelegenheiten des Verbandes nie erlahmen! Möge der Geist der Eintracht und Solidarität, der heute bei uns eingeleitet ist, bei uns bleiben.“

Damit waren die Verhandlungen geschlossen. Ein gemeinsames Mittagessen gab Gelegenheit zu freundschaftlichem Meinungsaustrausch.

Wir unserseits wünschen der Eisenbahnerorganisation ferneres Gedeihen und kraftvolles Gedeihen. Der Akt, der eine Zeit lang die Existenz des Verbandes gefährdete, scheint überbrückt zu sein. Diese Delegierten-Versammlung verlief ruhig. Zwar weiterleuchtete es ein paar mal; aber das Gemitter wurde glücklich beschworen. Man merkte, daß die große Mehrheit im Verbandsrat von einer Neuaufgabe der alten bösen Geschichten nichts wissen will.

Schweiz.

Luzern. Der 6. schweizerische Artillerietag in Luzern nahm einen brillanten Verlauf. Eine wesentliche Bedeutung für das Gelingen war schönes Wetter, und auch das trat zu.

Die Organisation des Fests darf eine musterartige genannt werden. Die Leistungen des Personals waren ebenfalls. In der Geschützschule wurde teilweise tabellose Arbeit verrichtet. Wichtig waren die Übungen mit schußlose verminderten Wehensammeln. Das Fahren wird von Sachverständigen als weniger gelungen bezeichnet. Für Luzern neu und interessant waren namentlich die Übungen der Positionsartillerie. Beim Schießen und Packen zeigte einzelne große Gewandtheit, während